

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-  
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Post-  
bezugs nehmen sämtliche Wohnortstellen entgegen. Unter Druckband  
bezogen für Preussischland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.  
jährlich Vorauszahlung, per Brief für Preussischland und Österreich 30,- M.  
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 36.

Die schlagendste Kampfschrift über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich  
Lehrerzusage. Kleine Kartons: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Lehrerzusage. Deutsche Kartons laut Tarif.  
Gewissen-Kartons und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche  
in Wort-Zeilen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.  
Sprechrohr: Postum 2020, 2045, 4518, 4603, 4635, 4649, 4627

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Schluß des italienischen Parteitags

### Die Niederlage der Moskauer

Livorno, 22. Januar.

Das Bureau Stefani meldet: In der gestrigen Sitzung des Sozialistenkongresses wurde bei der Abstimmung 98 028 Stimmen für die Unitaristen, 58 783 für die Sezessionisten und 14 895 Stimmen für die Konzentrationisten abgegeben. 981 Vertreter enthielten sich der Abstimmung. Nach diesem Ergebnis verließen die reinen Kommunisten den Kongress. Sie begaben sich in einen anderen Saal, um die Kommunistische Partei als italienische Sektion der dritten Internationale zu begründen. Der Kongresspräsident erklärte darauf unter dem Beifall der Versammelten, daß der Kongress der sozialistischen Partei seine Arbeiten fortsetze.

Zum Schluß ernannte der Kongress die Mitglieder der Parteileitung und bestätigte Serrati als Direktor des „Avanti“. Abschließend erklärte der Präsident den Kongress für geschlossen.

Mit diesem Ergebnis des italienischen Parteitags ist das Werk von Moskau, aber auch die Bedeutung der 3. Internationale für die europäische Arbeiterbewegung zu Ende. Die italienische Partei war die einzige große und bedeutende sozialistische Massenpartei, die der dritten Internationale angehört hat. Mit ihrem Ausscheiden bleibt die Moskauer Internationale nur ein anderer Name für die leitende Gruppe der russischen Kommunisten mit einem Anhang von sektiererischen Parteipolitikern.

## Ungeheuerliche Propaganda

### Die Terrormeldung aus Oberschlesien

Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe die Drahtmeldung eines unserer Mitarbeiter aus Oberschlesien wiedergegeben, in der über die falsche Orientierung der Regierung Beschwerte geführt wird. Auch gegen die Art, in der für die Eintragung in die Abstimmungslisten und für die Beteiligung an der Abstimmung Propaganda gemacht wird, muß Einspruch erhoben werden. Die deutsche Öffentlichkeit wird seit einiger Zeit mit Terrormeldungen aus Oberschlesien gesättigt und auch die Veröffentlichungen der Vereine der Oberschlesier machen sich solche Mittelungen zu eigen. Wenn die Regierung glaubt, daß sie mit solchen Methoden die Abstimmung selbst heben könnte, so gibt sie sich einer Täuschung hin. Der deutsche Normalbürger zeigt nur dann Mut, wenn er die besten und größten Waffen in seiner Hand hält. Wenn er befürchten muß, in Oberschlesien totgeschlagen zu

## Der Rechtsputsch

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in der heutigen Morgenausgabe ein Dokument, das Richtlinien über die Organisation eines monarchistischen Putschs enthält. Es werden darin Anweisungen über den Aufmarsch gegeben; in der Zeit vom Januar bis März wird mit dem Putsch begonnen. Das Dokument soll von der Geschäftsstelle der „Baterländischen Königspartei“ ergangen sein. Es wird ein Begleitbrief in Faksimile veröffentlicht, der von einem gewissen Wittowski unterzeichnet ist. Der Aufmarschplan selbst trägt die Unterschriften: Ludendorff, Reventlow, Escherich, Bithum, v. Göttsch.

Die einzelnen Angaben entsprechen durchaus der militärischen Denkweise; sie enthalten das, was in den letzten Monaten über die Absichten der Monarchisten bekannt geworden ist. Trotzdem will es uns fast ungläubig erscheinen, daß Ludendorff und die drei anderen Unterzeichner so unklug sind, ihre Namen unter ein derartiges Dokument zu setzen. Denn die Führer der monarchistischen Umsturzbestrebungen sind im Laufe der Zeit gewichtig geworden. Wir wissen, daß genaue Informationen erlangt sind, im Schriftlichen Verkehr die größte Vorsicht wahren zu lassen und alle wichtigen Entscheidungen nur mündlich bekanntzugeben. Wenn also dieses Dokument tatsächlich herausgegeben worden ist, dann würde der Beweis erbracht sein, daß die Vorbereitungen zum Umsturz sehr weit gediehen sind, so weit, daß die Monarchisten selbst bei Bekanntwerden ihrer geheimsten Pläne nichts mehr zu befürchten haben.

Unsere Veröffentlichung über die Pläne der Orgel im Freistaat Sachsen veranlaßt die „Rote Fahne“, folgendes zu schreiben: Wenn die Unabhängigen jetzt ein solches Geschrei gegen die Orgel erheben, so richten sie sich nur selbst; denn die Bildung einer einheitlichen Kampftruppe der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution zu verhindern, luden, die den wirklichen Kampf gegen die Orgel ablehnen, sind nichts anderes, als die Helfer der Orgel. Weiter

werden, wie es nach den offiziellen Meldungen den Anschein haben muß, so wird er sich hüten, zur Abstimmung zu reisen.

Ein neues Beispiel für die aufgebauschte Bericht-erstattung aus Oberschlesien bietet eine heute Morgen vom Weisshofen Bureau verbreitete Meldung. Danach teilt der „Oberschlesische Wanderer“ mit, daß ein Waffentransport beschlagnahmt worden sei, der aus Polen herübergebracht worden sei. Die Waffen seien von der Abstimmungspolizei beschlagnahmt worden, die sechs Begleiter, „alles bekannte Polen“, seien entlassen. Die amtliche Bekanntmachung der interalliierten Kommission teilt lediglich die Beschlagnahme dieser Waffen mit, berichtet aber nichts darüber, von welcher Seite sie herkommen und auch nichts davon, daß sich „bekannte Polen“ in ihrer Begleitung befunden hätten. Es wäre an der Zeit, daß in der Behandlung der ober-schlesischen Frage größere Sachlichkeit Platz griffe.

## Der eiserne Besen in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Dresden, 22. Januar.

Von den sozialistischen Parteien beider Richtungen wird mit Recht von der gegenwärtigen sozialistischen Regierung gefordert, daß eine Auskehr der reaktionären Bureaucratie erfolgt, die in ihrer bisherigen Zusammensetzung die ehemals preußische an Feudal- und Cliquengeist noch übertrifft. Es ist zu hoffen, daß die sozialdemokratischen Minister Sachsens, unbekümmert um das schon im voraus ingenieurtechnisch Kanthegeschrei der reaktionären Presse, diesen berechtigten Forderungen der Arbeiter nachkommen. Die Vereinigung „Sächsischer höherer Staatsbeamten“ mittert bereits Gefahr und hat folgenden Protest in die bürgerliche Presse lanciert:

„Hauptaufgabe der Minister ist es, die Richtlinien für die Verwaltungen entsprechend den Weisungen der Landräte zu geben. Sache der Beamten ist es, die Verwaltungsgeschäfte durchzuführen. Das setzt aber gründliche Kenntnisse und Vorbildung voraus. Die Beamenschaft muß darum entschieden gegen die Pläne Verwahrung einlegen, leitende Beamtenposten nach parteipolitischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf Vorbildung und Schulung zu besetzen. Dadurch wird der feingliedrige Apparat der Verwaltung zerstört und könnte seine Aufgaben nicht mehr erfüllen. Das würde weiter zu einer schweren Verminderung des Ansehens der Beamten führen. Schließlich müßte die jüngere Beamenschaft es auch ablehnen, ihre Arbeitskraft in der Weise auszubieten zu lassen, daß sie die sachlichen Arbeiten für Männer erledigen, die als ihre Vorgesetzten den eigentlich ihnen selbst obliegenden Pflichtenkreis mangels der dazu erforderlichen Kenntnisse auszuführen nicht imstande wären und die ihr Gehalt für Arbeiten beziehen würden, die sie für sich von den unteren Beamten verrichten lassen müßten.“

Gerade dieser letzte Satz zeigt den Geist dieser Herren und die Notwendigkeit, daß der eiserne Besen in Sachsen sehr kräftig geschwungen werden muß.

behauptet das kommunistische Organ, die jetzige sächsische Regierung habe gegen die Orgel nichts unternommen und werde anheinhin auch nichts gegen sie unternehmen.

Dazu bemerken wir: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat bisher in der Bekämpfung der Konterrevolution ihren Mann gestanden. Sie hat den härtesten Kampf gegen die Kapuzisten geführt, der Generalsstreik und die große Abwehraktion im Ruhrgebiet war in erster Linie das Werk unserer Partei. Was laten demgegenüber die Kommunisten? Sie traten als Bremser auf, sabotierten den Generalsstreik und wurden erst dann „revolutionär“, als die Arbeiter, ohne die kommunistischen Bremsparolen zu befolgen, zur Aktion geschritten waren und positive Erfolge errungen hatten. Da also erst kamen die Kommunisten anmarschieren, aber wieder nicht, um die Orgel zu erweitern, sondern um zu häutern, zu fraktionieren, zu randalisieren. Sie waren, vor allem im Ruhrgebiet, der Demmshub der Bewegung. Ausschließlich auf ihr undiscipliniertes Treiben war der große Rückschlag zurückzuführen.

Das wird auch in Zukunft kaum anders werden. Die U. S. V. D. aber wird bei dem kommenden Rechtsputsch ebenso klar und zielbewußt auf den Plan treten, sie wird handeln, wie am 13. März, und der Erfolg wird umso sicherer sein, je weniger die Arbeiter dabei den verwirrenden Parolen der Kommunisten Gehör schenken.

## Die Waffenschlebung in Erfurt

Zu der Meldung über die Waffenschlebung in Thüringen wird von der Reichstreuhandgesellschaft erklärt:

„Bei den Verschlebung mit Waffenteilen handelt es sich nicht um Geschäfte der Reichstreuhandgesellschaft, sondern um Vertretungen unterer Angestellter dieser Gesellschaft. Zwei Angestellte sind inzwischen verhaftet worden, ihre Vertretungen bilden bereits Gegenstand eines Strafverfahrens bei der Staatsanwaltschaft. Ein weiterer Angestellter ist wegen Vernachlässigung seiner Aufsichtspflicht von der Reichstreuhandgesellschaft fristlos entlassen worden. Von den im Artikel gemeldeten Zahlen betrifft nur ein geringer Teil Bestände der Reichstreuhandgesellschaft.“

## Die notleidenden Agrarier

Im Steueransatz des Reichstages haben am Freitag die Agrarier ein lebhaftes Geschrei erhoben, als die Notwendigkeit und Möglichkeit einer richtigen Veranlagung der Landwirte zum Reichsteuerngesetz erörtert wurde. In diesem Zusammenhang verdient der nachfolgende Artikel besondere Beachtung.

Man muß selbst einige Zeit unter ihnen gelebt, muß gesehen haben, wie sie leben, wie sie verdienen, und wie sie sich aufzuführen, um das regelmäßige Geschrei der Agrarierblätter und der junkerlichen Vertreter in den Parlamenten richtig zu würdigen, das sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit erhebt, namentlich aber, wenn Gesetze zur schärferen Heranziehung der Landwirtschaft zur Steuerleistung in Aussicht stehen. Man muß die immer wiederkehrenden Zeitungsnutzen gelesen haben, welche bisweilen in der großstädtischen Presse und fast täglich in den kleinen und kleineren Provinzialblättern zu finden sind und die von agrarischem Wucher, agrarischer Steuersehne und von agrarischer Profitmoral erzählen.

Wir sehen hier beim ländlichen Kapital den dem Besitz ganz allgemein anhaftenden Egoismus in besonders hochentwickelter Form, in der er nicht mehr als etwas Häßliches, sondern als eine Selbstverständlichkeit, als ein gutes Recht empfunden wird.

Der Landwirt, der immer genügend für seinen Lebensunterhalt und noch einiges darüber hinaus hatte, hat nie Entbehrungen gekannt. Er dachte auch nicht daran, sich irgendwie einzuschränken, als der Weltkrieg kam und das große Hungern mit sich brachte. Als Hunderttausende an Unterernährung starben, weitere Hunderttausende ihre Gesundheit verloren, da aß der ländliche Besitzer genau so gut und so reichlich wie immer und ließ sich seinen gewohnten Genuß entgehen.

Er lernte aber damals, was früher in dem Umfange nur den großen Agrariern, den junkerlichen Großgrundbesitzern eigen war und was er als braver Staatsbürger im Grunde bisher verabscheut hatte: die Ausnutzung der Not anderer zu eigenem Gewinn, die Profitgier um jeden Preis. Die Verunsicherung, die Schleichhändler, lehrten ihn den Reiz des Geldes und hohen Gewinns kennen, und der „dumme Bauer“, über dessen Unerfahrenheit in allen Dingen, auch in Geldangelegenheiten, man sich ein Jahrhundert lang lustig gemacht hatte, übertraf bald seinen Lehrmeister an Greisheit und Profitgier, an Eigenjucht und Rücksichtslosigkeit.

Er begnügt sich seither nicht mehr damit, gut zu leben und sich nichts entgehen zu lassen, er ist nun auch darauf bedacht, aus allem, was er nicht selbst verbraucht, Geld, viel Geld zu machen. Er sucht alles in Papier umzusetzen und, sofern das nicht möglich, steckt er das, was er selbst nicht verbrauchen kann, lieber wieder in seinen Betrieb oder läßt es gar verderben. Heute preist der ländliche Besitzer auf die Gesetze des Staates wie auf die der menschlichen Moral. Es ist für ihn selbstverständlich, daß er Brotgetreide und Milch an das Vieh verfüttert, soweit es ihm nur zweckmäßig und gewinnbringend erscheint, daß er „verhamstert“, wo er nur kann. Selbst der kleine Landwirt zieht aus seinem Bestium jährlich erheblichen Gewinn, der ihn in kurzer Zeit zum wohlhabenden oder gar reichen Mann macht.

Jeder nimmt, was er kriegen kann“, ist auch für den Landwirt Grundsatz geworden. Und die Regierung fördert ihn hierin nach Kräften, indem sie die von ihm so heiß bekämpfte Zwangswirtschaft aushebt. Zwar in verschleierte Form zunächst, aber doch tatsächlich.

So wie der Landwirt alles daran setzt, für seine Erzeugnisse vom Verbraucher möglichst viel zu nehmen, so ist er andererseits ebensoviele bestrebt, von seinem Verdienst möglichst wenig an den Staat abzugeben. Wohl nirgendwo ist die Steuersehne größer als unter den Agrariern, von keinem wird der Staat mehr betrogen. Vor allem, weil er durch die Gestaltung der Steuererhebung den Landwirt stets zur Umgehung der Steuererhebung erzoget hat. Der alte junkerliche Staat, in dem meistens die Agrarier die Gesetze machten, verschonte mit seinem System der Selbsteinschätzung, bei welchem eine genaue Kontrolle nur schwer durchführbar war, den Landwirt meistens mit einer erheblichen Besteuerung seines Besitzes und Einkommens.

Das, was der Landwirt für sich und seine Familie und sein Gefinde verbraucht, pflegt er nicht als Einkommen anzusehen, und weiter pflegt er noch Ausgaben für alle möglichen Dinge von seinem Einkommen abzuziehen und als „Produktionskosten“ zu verrechnen. Und wenn der Landwirt die Einnahmen für die abgesetzten und gelieferten Erzeugnisse den Ausgaben gegenüberstellt, so bleibt meist nichts, günstigstenfalls einige wenige Mark Ersparnisse zur Besteuerung übrig.

Vor dem Kriege war es der Pfarrer, der Lehrer, der Bauer und das Tagelöhnermädchen, die auf dem Lande ein Einkommen hatten. Der Lehrer war zum Sage von 21 M. veranlagt, weil er 1500 M. Einkommen hatte. Das Tagelöhnermädchen verdiente jährlich ca. 100 M. in bar und hatte außerdem noch Kost. Folglich mußte es zur Gemeindesteuer veranlagt werden. Da nun aber die Staatssteuer verhältnismäßig niedrig war, andererseits die meisten Bewohner der Gemeinde kein Einkommen hatten, so mußte



die Gemeindesteuer entsprechend erhöht werden, oft bis 250 Prozent. — Es erscheint sicher, wäre ein jeder nach seinem Einkommen richtig eingeschätzt worden, so hätten 100 Prozent meist vollaus genügt. So aber mußte der Lehrer 150 Prozent Gemeindesteuer zuviel, d. h. für den nichtzahlenden Bauer, abgeben.

Dafür, daß es heute noch nicht anders ist, nur zwei Beispiele, die aber beliebig ergänzt werden können. Gegen den ehemaligen Gemeindevorstand eines Ortes in Sachsen war wegen Steuerhinterziehung ein Strafantrag gestellt worden, in dem es hieß:

„So sind z. B. kriegsbeschädigte Arbeiter in der 9. bis 14. Steuerklasse, während Landwirte mit zifra 20 Aker in der 4., 5., sogar solche mit über 20 bis 30 Aker in der 6. bis 8. Klasse, und ein Wasthofbesitzer ist ebenfalls nach Klasse 6 eingeschätzt. Das gleiche Unrecht besteht darin, daß auch der Gemeindevorstand mit einem Einkommen von über 4000 M. in der 9. Steuerklasse ist und wissentlich, in frivoller Weise Steuerhinterziehung treibt. Seine Schwiegerjöhne mit zifra 30 Aker sind in der 6. bis 8. Klasse. So zählt ein Teil der Landwirte überhaupt keine Einkommensteuer. Im allgemeinen treibt man von Seiten des Gemeindevorstandes absichtlich eine frivole Steuerwirtschaft und wägt so die Lasten auf die Schultern der Unbemittelten ab unbekümmert darum, daß man dabei böses Blut verurteilt.“

Die Folge war zunächst ein Strafantrag gegen den Erstatler dieser Anzeige wegen Beamtenebeleidigung, der aber wieder zurückgezogen wurde, da die Verhandlung im wesentlichen die Richtigkeit der Beschuldigungen ergab. Und damit war die Geschichte zunächst erledigt.

Die „Welt am Montag“ brachte vor kurzem eine Zuschrift eines Geistlichen aus der Provinz Sachsen, wonach in seiner Gegend ein Bauerngut im Verkaufswert von 140 000 Mark mit 12 200 Mark zum Reichsnotopfer angegeben ist. Und ein Bauer mit 80 Morgen schuldenfreiem Land zahlt 12 M. Staatssteuer, eine Dienstmagd 144 M. Und Helmuth v. Gerlach erzählt folgende Fälle:

Ich kenne ein Dorf in der Mark. Dort zahlt der größte Bauer, der sehr behäbig lebt und seine Töchter glänzend ausstatten, jährlich etwas über 300 M. Steuern. Der Lehrer aber, der sich alles zu Preisen kaufen muß, die denen Berlins kaum etwas nachgeben, zahlt rund 1300 M. und hungert sich dabei gerade noch so durch.

Ich kenne ein Dorf in Schlessien. Dort gibt es einen Kleinbauern, den man wegen seiner erfolgreichen Vermögensvermehrung „Kotzsch“ nennt. Er zahlt überhaupt keine Einkommensteuer, weil er von alterher in der Steuerliste noch als — Hängler verzeichnet steht! Dabei hat er im Laufe der Jahrzehnte sich 40 Morgen Land von seinen Ersparnissen angeschafft.

Ich kenne ein Dorf in Ostpreußen. Dort zahlt der größte Bauer (mit 180 Hektar schönsten Marschbodens) 600 M. Einkommensteuer. Wenn er 200—300 Eier verkauft hat, ist seine Steuerangelegenheit erledigt. Dabei gebietet er über 125 Stück Großvieh und ist als mehrfacher Millionär bekannt.

Die Steuergesetzgebung begünstigt in außerordentlicher Weise die Agrarier. Sie zahlen auch heute noch nicht im entferntesten die Steuern, die einer richtigen Einschätzung ihrer Vermögen entsprechen würden. Ihre Güter werden noch heute nach dem Ertragswert von 1913 eingeschätzt, obwohl der Ertrag sich durch die Liebesgabenpolitik der Regierung zum mindesten um das 10 bis 15fache erhöht hat. Sie erhalten also aus den Taschen der übrigen Steuerzahler Milliarden zugestanden. Die bürgerlichen Parteien, die alle um die Gunst der Agrarier buhlen, überbieten sich in dem Bestreben, diese Steuerscheu der Agrarier noch zu fördern.

Wenn die Agrarier und die übrigen Besitzenden mit ihrem vollen Vermögen zur Steuerleistung herangezogen würden, so könnte auf diesem Wege ein großer Teil des Finanzbedarfs des Reiches gedeckt werden. Jetzt aber will man erneut, anstatt die Besitzenden heranzuziehen, die indirekten Steuern erhöhen und neue indirekte Steuern einführen, die eine gewaltige Belastung der minderbemittelten Bevölkerung bedeuten würden. Schamhaft werden zwar die Absichten der Regierung im einzelnen verschwiegen. Aber die Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages am Freitag hat volle Klarheit darüber geschafft, weshalb das geschieht. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte trauernd, es

sei wohl nicht zweckmäßig, näheres über die neuen erziehbigen indirekten Steuern vor den preussischen Wahlen bekanntzugeben. Und die gerissenen Demagogen der bürgerlichen Parteien baten himmelhoch, man solle diese ihnen so fürchtbar unangenehme Bemerkung Wirths doch nicht in die Öffentlichkeit bringen.

Aber gerade das ist nötig. Die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die unter der ungeheuren Steuerlast zusammenzubrechen droht, deren Einkommen nicht mehr zum Sattessen reicht, die müssen wissen, daß am 20. Februar die Entscheidung auch darüber gefällt wird, ob neue indirekte Steuern beschloffen werden oder ob die Steuerscheu der Besitzenden endlich gebrochen wird.

## Vererschleppungsmanöver

Der sogenannte Verständigungsausschuss, den der Reichswirtschaftsrat für die Sozialisierungsfrage eingesetzt hat, hat noch immer irgendwo zusammen, obwohl er nach den Beschlüssen der Gewerkschaften jede Bedeutung verloren hat. Er dient heute nur zur Vererschleppung und als Verwand für die Regierung, die Vorlage des zugesagten Gesetzes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues hinaus zu zögern. Die Beschlüsse dieses Verständigungsausschusses sind heute, wo die Vertreter der Arbeiter und Angestellten durch den Gewerkschaftsbund und die Ufa sich für die Sozialisierung ausgesprochen haben, ganz gleichgültig. Wenn es zutrifft, daß er die kuriose Idee des „Lehneigentums“ seinem Gutachten zugrunde legt, so muß man sich nur über die Leute wundern, die so wenig vor dem Fluß der Väterlichkeit zurückschrecken. Glaubt man wirklich, daß es irgendeinen Arbeiter gibt, der sich dadurch verwirren läßt, daß man die Fortdauer des kapitalistischen Eigentums in den nächsten 50 oder 100 Jahren „Lehen“ nennt? Mit solchen Wiken sollte man doch die Dummheit lieber verschonen. In Wirklichkeit hat der Reichswirtschaftsrat nur seine völlige Impotenz gezeigt, in der großen Prinzipienfrage der Wirtschaft mitsprechen zu können. Das ist vielleicht das einzig Mögliche, was bei den Beratungen des Reichswirtschaftsrats über die Sozialisierung herauskommen konnte.

## Abbau der Einkommensteuer

Durch die Presse geht eine Mitteilung, der Reichsfinanzminister habe sich, um der Entwertung der Einkommen, namentlich der niedrigen Einkommen der Arbeiter, Beamten und Angestellten gerecht zu werden, mit dem Plane eines „zeitgemäßen Abbaues der Einkommensteuer“. Diese Mitteilung ist reichlich dunkel, besonders da es in dieser Haltung heißt, daß Einzelheiten über die Absichten der Regierung zurzeit noch nicht mitgeteilt werden können. Da wird man erst abwarten müssen, was es mit dem „zeitgemäßen Abbau“ für eine Bewandnis hat.

## Zweierlei Recht

In der Pressekonferenz gab der Regierungsvorsitzende auf Anfrage eines Pressevertreters bezüglich der Haftanstellung der infolge der Waldenburger Enthaltungen verhafteten Orgeleiste folgende Erklärung ab: „Die Verhafteten sind bis auf den allerdings sehr schwer belasteten Müller entlassen worden, weil sich herausgestellt hatte, daß ihre Bemühungen einen rein defensiven Charakter trugen. Ebenso wurde von der Verhaftung von zwei Herren (notabene mit sehr hoch klingenden Namen), die sich freiwillig stellten, Abstand genommen.“

Bei der Behandlung dieses Falles und der um die gleiche Zeit erfolgten Verhaftung der „Führer“ einer „roten Armee“ müßte doch der Regierung zum Bewußtsein kommen, daß auch der Dummste allmählich zu der Einsicht kommen muß, daß etwas faul ist in der berühmten deutschen Rechtspflege. Wenn die Herren in Schlessen das Recht haben, sich zu einem Defensivbündnis zusammenzutun, und wir sind sicher, daß die nach der Mitteilung des Regierungsvorsitzenden weitergeführte Untersuchung kein anderes Resultat zutage fördern wird, so darf man das gleiche Recht auch nicht den Arbeitern in Westdeutschland freitig machen.

Zur Charakteristik von Weitling, dessen Auftreten von Feuerbach, Marx, Engels voll Bewunderung begrüßt wurde, geben wir heute einige Abschnitte aus seinen Schriften wieder. Der idealistische Geist, der alle seine Worte auszeichnet, kommt selbst in so kleinen Bruchstücken noch zum Ausdruck.

Wir Arbeiter sind endlich müde, für die Faulenzer zu arbeiten, in Entbehrung zu leiden, während andere im Ueberfluß schwelgen; wir wollen uns von den Egoisten keine drückenden Lasten mehr aufsetzen lassen, keine Gesetze mehr respektieren, welche die zahlreichsten und nützlichsten Menschenlassen in der Erniedrigung, Entbehrung, Verachtung und Unwissenheit erhalten, um einigen wenigen die Mittel an die Hand zu geben, sich zu Herren dieser arbeitenden Massen zu machen. Wir wollen frei werden und wollen, daß alle Menschen auf dem Erdenrund so frei leben wie wir, daß keiner besser und keiner schlechter behandelt werde als der andere, sondern alle sich in die gesamten Lasten, Mühen, Freuden und Genüsse teilen, d. h. in Gemeinschaft leben. (Aufnahmsbedingungen des von Weitling gegründeten Bundes der Gerechten.)

Eine vollkommene Gesellschaft kennt keine Regierung, sondern eine Verwaltung, keine Gesetze, sondern Pflichten, keine Strafen, sondern Heilmittel. Hier gibt es weder Ehrenbezeugungen noch Unterwürfigkeitsformeln, weder äußere Anzeichen des Ruhmes noch der Verachtung; hier ist nichts zu befehlen und zu gehorchen, sondern zu regeln, anzuordnen und zu vollenden. Da gibts weder Verböden noch Strafen, sondern nur noch einen Rest menschlicher Kränkheiten und Schwächen, welche die Natur uns in den Weg legt, um durch die Beseitigung derselben unsere physische und geistige Fähigkeit anzufeuern, damit sie auf diese Weise ein Triebrod des Fortschritts werde.

Welche Liebe kann heute wohl der zum sogenannten Vaterland haben, der nichts darin zu verlieren hat, was er nicht in allen fremden Ländern wiederzufinden imstande ist.

Trockne deine Tränen! Armes, unglückliches, verachtetes und mißhandeltes Weib! und denke, es leiden der Schwachen noch viele auf dem Erdenrund. Einst wird auch dir der goldene Frühstrahl des Befreiungsmorgens herandrücken, um dir die heißen bitteren Tränen der Sklaverei aus den feuchten Wimpern zu küssen. Dann blide deinem Tyrannen stolz ins Auge, denn du brauchst ihn nicht mehr und das Gesetz schützt ihn nicht mehr; dann arme, betrogene, verführte Dirne sindest auch du wieder einen braven Mann, der das Vortritt des großen Hausens mit Füßen tritt; dann ihr lebensfrohen Jünglinge und Mädchen in der Blüte eurer Jahre, lebet und liebet!

Wir jedenfalls können keinen Unterschied darin finden, um mehr, als wir die feste Ueberzeugung haben, daß die „rote Armee“ in Westdeutschland nicht weniger defensiv ist als die Orgele in Schlessen. Bis jetzt haben sich die bald von rechts, bald von Regierungssseite auftauchenden Gerüchte über die „roten Armeen“ in Deutschland immer noch als Hirngespinnste erwiesen. Daß dagegen die Orgele kein Hirngespinnst ist, sondern von Männern aus Fleisch und Blut gebildet wird, dürfte die Regierung kaum noch abzustreiten wagen.

## Strafverfolgung Erzbergers

Die Zulassung der Strafverfolgung des Abgeordneten Erzberger wegen Eidesverletzung beschäftigte den Geschäftsausschuss des Reichstages. Bei dieser Gelegenheit wurde die Frage erörtert, wer Träger der Immunität sei. Der Ausschuss stellte sich auf den Standpunkt, daß nicht der einzelne Abgeordnete, sondern der Reichstag in seiner Gesamtheit Träger dieser Immunität sei, und daß es daher ganz gleichgültig sei, ob der betreffende Abgeordnete die Strafverfolgung selbst wünsche oder nicht. Da jedoch die Erledigung der Angelegenheit Erzberger auch im dringenden Interesse des ganzen Reichstages liege, beschloß der Ausschuss dem Plenum vorzuschlagen, die Strafverfolgung frei zu geben.

## Ueberrückige Junker

Aus dem Paradies der reaktionären Junker gibt unser Rönigerberger Parteiblatt eine Probe echt junkerlicher Freiheit. Auf einer Versammlung der Orts- und Heimatwehren in Pilska-Len ließ sich ein Graf Ballow mit folgenden starken Worten vernehmen:

„In Bayern schmeißt man mit erhobenem Bajonett zum Himmel, nichts von dem, was man jetzt an Macht hat, abzugeben. Dasselbe muß auch für Ostpreußen gelten. Nicht Abgabe der Waffen, sondern Mohranchaffung von Waffen muß unsere Parole sein. Auf dem Lande soll man jeden selbständigen Handwerker und Kleinbesitzer zwingen, den Wehren beizutreten, im Weigerungsfalle soll man auch nicht zurückschrecken, so einem Weigerer das Haus über dem Kopf auszusteden. Bayerns Arbeiter“, sprach der Referent weiter, „sind demütig und gleichen ihren Hut. Dagegen fragt der fleißige Arbeiter nach Verdienst und Achtungsdienst. Dieses Gefindel — die Arbeiter — muß erst lezarethfähig geschlagen werden.“

Diese Ausführungen entsprechen durchaus der selbstherrlichen brutalen Denkweise der ostpreussischen Junkerkaste, die ihren typischsten Vertreter im Januschauer hat. Es ist nur bedauerlich, daß der Graf seine Worte nicht in einer öffentlichen Versammlung gesprochen hat. Sie sind die beste Wahlpropaganda gegen die Partei der Junker.

Der Vorkonferenz des Reichstages beschäftigte sich gestern in längerer Sitzung mit der Frage, wie man die Rüst der Interpellationen und kleinen Anfragen eindämmen könnte. Es soll fortan in jeder Woche nur eine Interpellation zur Beratung kommen. Die Verlesung der kleinen Anfragen soll wegschaffen und Verantwortung schriftlich erfolgen, um Zeit zu sparen. Es sollen nur sachlich gehaltene große Anfragen gestellt und dabei polemische Ausfälle vermieden werden. Die Angelegenheit wird zunächst an die Fraktionen gebracht und die Vorarbeit für eine Resolution der Geschäftsordnung überhaupt dem Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages übertragen werden.

Kein Geheimvertrag mit Sowjet-Rußland. Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Greiner hat die Reichsregierung geantwortet, daß ihr über einen militärischen Geheimvertrag zwischen Sowjet-Rußland und der Sektion Deutschland der dritten Internationale nichts bekannt ist.

Freigabe des Handels mit ausländischer Dauermilch. Amlich wird mitgeteilt: Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 18. Januar 1921 ist der Handel mit der im Inlande befindlichen ausländischen Dauermilch und Dauerjähne jeder Art, also hauptsächlich mit ausländischer Kondensmilch und Trockenmilch, freigegeben worden. Wegen der Notwendigkeit, die Bewirtschaftung der Milch behudehalten, werden die im Inlande hergestellten Dauermilchwaren von dieser Freigabe nicht betroffen. — Vergleichen bleiben, woraus ausdrücklich hinzuweisen ist, die Einfuhr von Kondens- und Trockenmilch an die Bewilligung der Reichsstelle für Speiselei gelehrt ist, vorläufig unverändert bestehen.

## Wilhelm Weitling

### Zu seinem 50. Todestag

Heute vor 50 Jahren ist Wilhelm Weitling gestorben, ein Mann, der aus den unscheinbarsten Verhältnissen hervorgegangen ist und dessen Werk und Namen doch für alle Zeit über der Arbeiterbewegung leuchten wird. Weitling war ein uneheliches Kind, wurde Schneidergeselle und wuchs in großer Not auf. Mitte der dreißiger Jahre kam er nach Paris, wo sein idealistischer und rebellischer veranlagter Geist die Gedankenwelt des französischen Sozialismus in sich aufnahm. Mächtig und tapfer, wie er war, schloß er sich auch aktiv dem Kampfe der Arbeiterklasse an und wurde Mitglied des Bundes der Gerechten.

Weitling hat sein Hauptwerk im Jahre 1842 erscheinen lassen. Sechs Jahre vor dem kommunistischen Manifest konnte es natürlich noch nicht die Gedanken ausdrücken, denen Marx und Engels in ihrem Aufruf unsterblichen Ausdruck gegeben haben. Aber doch geht Weitling in seinen „Garanten der Harmonie“ und „Freiheit“ über den utopischen Sozialismus der Cabet, Fourier, Saint-Simon hinaus. Als Mittelglied zwischen dem utopischen und dem proletarischen Sozialismus hat Wehring seine Stellung bezeichnet.

Wenn sich auch Weitling nur schwärmerische, nicht wissenschaftliche Vorstellungen vom Befreiungsweg des Proletariats machen konnte, so übertrug er doch den bürgerlichen Utopismus durch den bei ihm schon vorgezeichneten Gedanken, daß die Arbeiterklasse im Kampfe um die politische Herrschaft die Fähigkeit erwirbt, diese Herrschaft auszuüben. Weitling weiß, daß die Arbeiterklasse sich nur allein befreien kann. Den rettenden Milliardär des bürgerlichen Utopismus hat Weitling nicht erlebt, aber auch er mündet noch in den Glauben an eine einzelne Person, die „den morschen Bau der alten Gesellschaft zertrümmern, die Tränenquellen in das Meer der Vergessenheit leiten und die Erde in ein Paradies verwandeln“ wird. Mit zellgloher Inbrunst, in der uns Weitling an Lamennais erinnert, schildert die Schlüsselrolle seines Hauptwerkes das Kommen dieses Messias, der größer sein wird als der erste. Weitling zeigt hierin allerdings die Unklarheit, die sein utopischer Sozialismus damals haben mußte, ging doch Weitling nicht über die Entwicklung der Industrie, sondern von beschränkter Verhältnissen, vom Handel, vom Kommerz aus, wie er als einfacher Handwerksburche nicht anders konnte. So weiß er also wohl, daß die Arbeiterklasse sich nur selbst befreien kann und doch glaubt, daß ein einzelner Mann über ihr stehenden intellektuellen Führer, der es an einen hoch über ihr stehenden intellektuellen Führer, der das Wort vollbringen wird, zu dem die Kräfte der Masse nicht ausreichen. Hier berührt sich Weitlings vormarxistischer Utopismus mit bolschewistischen Ideen.

Wenn euch Reichen und Mächtigen der gemeine Dieb schon ein so verächtliches Wesen ist, glaubt ihr denn, daß das Volk auf die vornehmen Diebe mit weniger Verachtung sieht? Alles Gut, dessen ihr euch rühmt, habt ihr oder eure Vorfahren es nicht auf die eine oder die andere Weise dem Volke gestohlen? Die Kontributionen und Steuern, die ihr uns auferlegt, die Zinsen, die eure Kapitalisten ausschwellen, die Bankrottite, die ihr macht, die falschen und kostspieligen Prozesse, die ihr uns auflängt, sind doch keine Diebereien? — Die Arbeiter, die ihr in den dampfenden Fabriken und Werkstätten vor den Jahren verblühen macht, sind doch keine Morde, die ihr an der Gesellschaft verübt? — Eure Götzenbilder, Schafotte und Bajonettenheere, predigen sie nicht überall den Mord? Die verächtlichsten Diebe sind die, welche den Schwachen mordeten!

Wenn ihr Glauben und Vertrauen in eure gerechte Sache habt, so hebt ihr sie schon halb gewonnen; denn mit eurem Glauben kennt ihr Wege verlieren. Selb sind, die nicht sehen und doch glauben. Doch nicht der blinde Glaube führt zum Ziel, sondern der aus der Ueberzeugung entstandene.

Der Verleger verdient, der Schriftsteller hungert. Bekanntlich werden auf die deutschen Bücherpreise verschiedene hohe Zuschläge für das Ausland erhoben. Diese Zuschläge sind an und für sich zu verwerfen, da sie bereits zum großen Teil die Verbreitung des deutschen Buches im Ausland behindern; und von Verkauf des deutschen Graphit beinahe unmöglich gemacht haben. Nun könnte man verstehen, daß solche Zuschläge erhoben werden, um dem hungernden Autor zu helfen. Von den 1½ Millionen, die sich bisher aus Zuschlägen ergeben haben, haben sich die Solingenverbände des Buchhandels aber zunächst einmal gleich die Hälfte behalten. Von den übrigbleibenden 750 000 Mark haben die Schriftsteller aber auch so gut wie nichts zu leben bekommen. Der wissenschaftliche Verlag lehnte die Verteilung an die Schriftsteller- und Komponistenverbände strikt ab. Die Verleger und Sortimenter haben sich im Gewinn geteilt, während die Unterstufungsklassen familiärer Schriftsteller- und Komponistenverbände zusammen nur 100 000 Mark erhalten haben. Der Schupferverband Deutscher Schriftsteller (Gewerkschaft Deutscher Schriftsteller), hat gegen diese kapitalistische Verteilungsform Einspruch erhoben. Das genügt aber nicht. Diese ganze Wirtschaft der Außenhandelsleute und die Sortimenter- und Katalogzuschläge sind reif für eine vollständige Umgestaltung.

Deutsche Techniker und Gelehrte für Rußland. In Berlin weiß gegenwärtig Professor A. Federowitsch, der bei der Handelsmission des obersten Volkswirtschaftsrates in Moskau das Bureau für ausländische Wissenschaft und Technik leitet. Federowitsch







